Detailansicht des Registereintrags

STEAG GmbH

Aktuell seit 11.11.2026 16:28:46

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R001232
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	11.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Rüttenscheider Straße 1-3 45128 Essen Deutschland Telefonnummer: +4920180100 E-Mail-Adressen: energiepolitik@steag.com Webseiten: www.steag.com
Hauptstadtrepräsentanz:	Reinhardtstr. 3 10117 Berlin Telefonnummer: +493027890911311 E-Mail-Adresse: energiepolitik@steag.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
890.001 bis 900.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
3,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dieter Dehlke**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsführung
2. **Verena Sievers**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsführung
3. **Gundolf Schweppe**
   Funktion: Vorsitzender der Geschäftsführung

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Dr. Hans Wolf von Koeller**
2. **Jonas Fritz**
3. **Gundolf Schweppe**

Mitgliedschaften (36):

1. AGFW | Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V.
2. BME - Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf u. Logistik e.V.
3. Branchenverband Steinkohle und Nachbergbau e. V. (bs|n)
4. Bundesverband BioEnergie e.V. (BBE)
5. Bundesverband Energiespeicher Systeme e. V. (BVES)
6. Bundesverband der Altholzaufbereiter und -verwerter e.V. (BAV)
7. Bundesverband Geothermie e.V.
8. BWE Bundesverband WindEnergie e.V.
9. Deutsch-französische Büro für die Energiewende e.V. (DFBEW)
10. DVGW Deutscher Verein des Gas- u. Wasserfaches e.V.
11. EFET Deutschland - Verband deutscher Gas- und Stromhändler e.V.
12. EFET European Federation of Energy Traders
13. EnergieDialog 2050 e.V.
14. Fachverband Gebäude-Klima e.V.
15. Fachverband Holzenergie im BBE
16. Forum Vision Instandhaltung e.V. (FIV)
17. Forum für Zukunftsenergien e.V.
18. Grande Region Hydrogen
19. GZB-Wirtschaftsvereinigung e.V.
20. Interessengemeinschaft Essener Wirtschaft e.V.
21. Interessenverband Grubengas e.V. (IVG)
22. KlimaDiskurs.NRW e.V.

23. Kerntechnik Deutschland e.V.
24. Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V.
25. Professioneller Mobilfunk e.V.
26. Rhein Ruhr Power e. V.
27. Spitzencluster für industrielle Innovationen e.V.
28. VDE Rhein-Ruhr e.V.
29. Verein der Kohlenimporteure e.V.
30. vgbe energy e.V. (VGB PowerTech e.V.)
31. Waldbauernverband NRW e.V.
32. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
33. BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V
34. pro Brandenburg e.V.
35. Hydrogen Europe
36. Wirtschaftsforum der SPD e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (28):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Digitalisierung; Kommunikations- und Informationstechnik; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Zum Zwecke der Interessensvertretung werden Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN), dem Bundeskanzleramt, sowie Fraktionen und Mitgliedern des Deutschen Bundestages und deren Mitarbeitern geführt. Inhalt der Gespräche sind Erläuterungen zu Änderungs-/Anpassungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die vor allem für unsere Unternehmenszwecke und - Ziele, sowie für unsere Belegschaft von hoher Bedeutung sind. Zweck der Interessensvertretung ist, die Sicht der Praxis zu vermitteln und kritisches Feedback zu u.a. Gesetzesvorhaben zu geben. Dabei geht es unter anderem darum, die Bedingungen für Investitionen, den Betrieb, das Personal und den Energiemarkt über Gesetze, Verordnungen und Richtlinien aber auch Verwaltungshandeln so auszugestalten, dass Belastungen bzw. Risiken reduziert, Optionen verbreitert und Chancen erhöht werden. Aber auch darum, den energiewirtschaftlichen Wert unserer Anlagen, insbesondere Flexibilität und Kapazität, zu erhöhen

und die Finanzierbarkeit neuer Anlagen zu verbessern.
Weitere Ziele der Interessensvertretung sind, den Rahmen des Energierechts zu stabilisieren und dafür sytemorientiert auszurichten, das Unbundling im Strommarkt zu sichern, eine einheitliche Gebotszone für die Stromhandelstätigkeiten zu erhalten, u.a. durch entsprechende Regelungen bei Entgelten und den Netzzugangs- und Netzanschlussbedingungen, sowie die Voraussetzungen für den Betrieb von Kraftwerken, Batterien/Stromspeichern und Anlagen, die in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden und die Sicherung von Laufzeiten von Anlagen zu schaffen bzw. den Betrieb wirtschaftlicher zu machen, einschließlich der Auflagen aus dem IT-Sicherheits- bzw. BSI-Gesetz. Auch ziehlt die Interessenvertretung darauf ab, allgemein Entwicklungspptionen für die Unternehmensstandorte zu erhalten und auszuweiten insbesondere in Bezug auf energiewirtschaftlche Anlagen und einschließlich Rechenzentren.
Im Kern geht es um Anpassungen (Ergänzungen, Streichungen, Änderungen) von Gesetzen und Verordnungen, die mit dem Energiewirtschaftsgesetz, dem Erneuerbaren Energien Gesetz und oder dem Bundesemissionsschutzgesetz direkt und indirekt verbunden sind. Die Änderungen an dem gesetzlichen Rahmen sind unterjährig zahlreich und oft in anderen Gesetzen integriert.
Besonderes Interesse der STEAG Iqony Group ist der Einsatz von Grubengas in der Energieversorgung und die effiziente Versorgung mit Fernwärme.
Zweck der Interessensvertretung ist es auch, Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten und so die Energiewende funktionsfähig zu gestalten.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. **Systemdienliche Ausgestaltung von Kapazitätsmechanismen im Stromsektor**

   Beschreibung:
   Wir setzen setzten uns dafür ein, dass im Zuge der Kraftwerksstrategie Rahmenbedingungen geschaffen werden, die gewährleisten, dass neue Anlagen und solche, die von einem kommenden Kapazitätsmechanismus bzw. einem zukünftigen Kapazitätsmarkt umfasst werden, an solchen Standorten errichtet werden, die für das Stromsystem besonders relevant sind. Unter dieser Voraussetzung müssen diese Standorte bei den Ausschreibungen der geplanten Kraftwerksstrategie ein level-playing-field vorfinden. Konkret kann dies z.B. durch die Implementierung eines Netzfaktors bzw. einer lokalen Komponente in den Ausschreibungen erreicht werden. Erhalten sollen dies Anlagen an Standorten, die heute und perspektivisch positiv redispatcht werden.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/8285 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für mehr Flexibilität im Stromsystem und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit
   Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   EnWG 2005 [alle RV hierzu]; KVBG [alle RV hierzu]; StromVKG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2405300006** (PDF - 13 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.04.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2412120043** (PDF - 15 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.10.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2412120044** (PDF - 14 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.09.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **SG2605050018** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.05.2026 an:

   Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **Berücksichtigung systemrelevanter Kraftwerksstandorte bei Konzeption und Aufbau des H2-Kern- und -Verteilnetzes**

Beschreibung:
Die Planungsgrundsätze und das Finanzierungregime für das H2-Kernnetz und die H2-Verteilnetze sollen so umgesetzt werden, dass das Kernnetz auch an solche Standorte herangeführt wird, an denen sich heute systemrelevante Kraftwerke (Kraftwerke in der Netzreserve) befinden. Dies sollte insbesondere dann gelten, wenn an diesen Standorten fortgeschrittene Planungen für die Errichtung von H2-Kraftwerken bzw. H2-Ready-Kraftwerke bestehen. H2-Kraftwerke müssen wirtschaftlich in die Lage versetzt werden, ihren Anteil an der H2-Kernnetz-Finanzierung leisten zu können. Kern- und Verteilnetze müssen Zugang zu H2-Quellen, H2-Speichern und allen relevanten Verbrauchern erhalten.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405300003** (PDF - 42 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Rechtssichere Ermöglichung von Neubau/Umrüstung von Kraftwerken bestehenden Netzreserve-Standorten**

Beschreibung:
Angestrebt wird eine Anpassung des §13b EnWG, der eine Umrüstung oder den Neubau von Kraftwerken an bestehenden Netzreserve-Standorten ermöglicht. Hierzu sollte eine vorzeitige Entlassung aus der Systemrelevanz rechtssicher vorgenommen werden können.

Bisher ist gesetzlich nicht vorgesehen, Kraftwerke vorzeitig aus der Netzreserve zu entlassen - auch nicht, um die Inbetriebnahme eines Neubaus oder eines umgerüsteten Kraftwerks zu gestatten (und etwa Anlagenteile für eine neue Anlage zu nutzen).

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2405300010** (PDF - 13 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.04.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2412120047** (PDF - 15 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.10.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2503120014** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.03.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Ermöglichung eines wirtschaftlichen Betriebs von Netzreserve-Kraftwerken**

   Beschreibung:

5 von 6 unserer Steinkohleblöcke können nicht stillgelegt werden, da sie bis 2031 qua BNetzA-Ausweisung in der Netzreserve gebunden sind. Zwei weitere Blöcke sind vorerst bis 2026 als systemrelevant ausgewiesen. Ziel ist eine Anpassung des §13b EnWG, die einen wirtschaftlichen Betrieb von systemrelevanten Anlagen ermöglicht oder eine Verordnung gemäß 13i Abs. 3 Nr.2 EnWG. Eine bloße Kostenerstattung ist nicht mit unternehmerischen und eigentumsrechtlichen Grundsätzen vereinbar, insbesondere für so lange und mehrfach verlängerte Ausweisungszeiträume. Darüber hinaus stellt eine gesetzliche Erlaubnis, diese Anlagen vorübergehend abhängig von der Höhe des Strompreises am Strommarkt teilnehmen lassen zu dürfen, eine Möglichkeit dar, dämpfend auf den Strompreis zu wirken und Gas einzusparen.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]; ResKV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. **SG2405300011** (PDF - 13 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.04.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2405300038** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.04.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2503120015** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.03.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2503200039** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **SG2506130002** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.06.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **SG2511050003** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.11.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Verbesserung der Integration von Batteriespeichern in das Stromsystem**

   Beschreibung:
   Der Wert von Flexibilität und Kapazität soll über eine entsprechende kapazitative Ausgestaltung von Netzentgelten bzw. Netzanschlussbedingungen und energiewirtschaftlich zielführende, zeitgerecht orientierte Bilanzkreisregelungen erhöht werden.
   Die Grünstrom-Eigenschaft soll – analog zum Stromnetz - nach der Speicherung erhalten bleiben. Zudem soll der Redispatch von Batteriespeichern, d.h. der Zugriff der Netzbetreiber auf diese Anlagen, klar geregelt und begrenzt werden.

   Betroffenes geltendes Recht:
   EnWG 2005 [alle RV hierzu]; StromNZV [alle RV hierzu]; StromNEV [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (3):

   1. **SG2405280033** (PDF - 11 Seiten)

      Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2405280036** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2611060021** (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.08.2026 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. **Sicherung des Unbundlings im Stromsektor und Systemdienstleistungen über den Markt einen Wert geben**

Beschreibung:
Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber stellen reguliert eine Plattform für den Markt zur Verfügung. Marktverzerrende Eingriffe dieser Akteure in den Betrieb von Speichern und Erzeugung sollen begrenzt und transparent gemacht werden. Vollständig integrierte Netzkomponenten der Netzbetreiber sollen nicht in den Strom-, Wärme- oder Wasserstoffmarkt eingreifen. Klar begrenzt werden sollen auch Eingriffe auf der Stromverbrauchsseite, z.B. unter dem §14a EnWG und dem §13k EnWG. Systemdienstleistungen brauchen einen Wert zB Redispatchmarkt unter dem §12h EnWG. Auch Regelungen unter dem Netzanschlusspaket und flexible Netzanschlussvereinbarungen können Möglichkeiten für Eingriffe eröffnen. Parallel werden verschiedene Initiativen auf verschiedenen Ebenen (Bund, BNetzA, EU) verfolgt.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2405280037** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2405280043** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2405280044** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **SG2611060023** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.08.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

7. **Fortschreibung und Weiterentwicklung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG)**

Beschreibung:
Die Regelungen des KWKG laufen zum Jahresende 2026 aus. Das KWKG sollte dergestalt fortgeschrieben werden, dass den Anlagenbetreibern Investitionen ermöglicht und ihnen zunmehmend Instrumente zur Dekarobonisierung erschlossen werden. Durch die KWK-Umlage sollte in Zukunft Folgendes stärker unterstützt werden: die Umrüstung von Anlagen auf Gas und Wasserstoff sowie die Errichtung und der Betrieb von Wärmespeichern sowie die Erweiterung und Optimierung von Fernwärmenetzen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13615 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
KWKG 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2405280045** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.05.2024 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2506030032** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.05.2025 an:

   Bundestag

   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. **Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Fern- und Nahwärme**

Beschreibung:
Der Wert von effizienter Wärme und der vorzuhaltenden Kapazitäten soll gesichert werden, sowohl bei großräumigen Wärmenetzen als auch dezentral, bei Abwärme ebenso wie bei der Bereitstellung von Prozesswärme. Entsprechend sollten Regelungen zur Berechnung von

Primärenergie- und Emissionsfaktoren, die Förderkulissen des Bundes, und ein künftiges KWKG, GEG bzw. GModG ausgestaltet werden. Berücksichtigt werden sollen geothermische Potenziale; dazu zählt, dass zukünftig solchen Vorhabenträgern vorrangig Erlaubnisse zur Aufsuchung und Gewinnung von Wärme aus Tiefengeothermie erteilt werden können, die über einen relevanten Zugriff auf Wärmeerzeugungsinfrastrukturen und Wärmenetze verfügen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6278 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich
1. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]; KWKG 2016 [alle RV hierzu]; EnEfG [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]; AVBFernwärmeV [alle RV hierzu]; FFVAV [alle RV hierzu]; WärmeLV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2405280046** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.05.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2506030031** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.05.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2601150002** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 15.01.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. **Einführung Instrument zur Sicherung d. Wirtschaftlichkeit energetischer Grubengasverwertung**

Beschreibung:
Nach dem Auslaufen der EEG-Förderung für die energetische Grubengasverwertung im Jahr 2024 existiert kein Mechanismus mehr, der für Phasen geringer Stromerlöse eine wirtschaftliche Methanemissionsreduktion durch Grubengasverwertung gewährleistet. Ziel ist die Schaffung von Nachfolgeregelungen, die beihilferechtlich stabil und in Einklang mit der EU-Methanverordnung die Wirtschaftlichkeit der Grubengasverwertung sicherstellen - und so die Methanemissionen aus stillgelegten Steinkohlebergwerken sicher und perspektivisch minimiert. Da an einigen Verwertungsstandorten auch eine Wärmeauskopplung in Fernwärmenetze stattfindet, spielen auch Regelungen im Wärmebereich eine Rolle für die Absicherung der Wirtschaftlichkeit.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]; TEHG 2011 [alle RV hierzu]; KWKG 2016 [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]; WPG [alle RV hierzu]; HkNRG [alle RV hierzu]; GWKHV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2507230003** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2510210023** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.10.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2511120008** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.11.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2601150003** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.01.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

10. **Einheitliche Emissionsanforderungen an Kraftwerke, die Wasserstoff als Energieträger nutzen**

    Beschreibung:
    Die Emissionsanforderungen für die Genehmigung von H2-Ready-Kraftwerken sollten bundesweit einheitlich, realistisch und rechtssicher definiert werden. Der H2-Betrieb sollte in oder entsprechend der 13. BImSchV in allen Bundesländern gleich geregelt werden. Praktisch umgesetzt werden kann dies durch die Vorgabe oder die Vereinbarung von einheitlichen Standards im Länderausschuss Emissionsschutz.

    Betroffenes geltendes Recht:
    BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 13 2021 [alle RV hierzu]

    Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

11. **Klare und verlässliche Regeln für die Strom- und Wärmeerzeugung auf der Basis von Biomasse, Abfällen und Altholz**

Beschreibung:
Die Strom- und Wärmeerzeugung aus Abfällen und Altholz leistet einen wichtigen Beitrag zur Dekarbonisierung. Das Regelwerk hierfür ist in der Vergangenheit mehrfach geändert worden, insb. zur Umsetzung von immer wieder überarbeitetem Unionsrecht. Darüber hinaus liefern Strategiepapiere der Bundesregierung wechselnde Indikationen bzgl. der zukünftig möglichen Ausgestaltung der Regeln. Wir verfolgen das Ziel, dass der Gesetzgeber verlässliche und klare Bedingungen definiert, unter denen langfristig Strom- und Wärmeerzeugung auf der Basis von Biomasse, Abfällen und Altholz weiterhin stattfinden kann und der erneuerbaren Wärme mindestens gleichgestellt ist. Hierzu zählen auch Förderbedingunen, die in Merkblättern druch das BMWE festgelegt werden, wie etwa bei der EEW-Förderung.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13615 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
TEHG 2011 [alle RV hierzu]; KWKG 2016 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; WPG [alle RV hierzu]; HkNRG [alle RV hierzu]; HkRNDV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611060024** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.10.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

12. **Umrüstung von jungen Steinkohlekraftwerken auf Gas / Wasserstoff**

Beschreibung:
Junge Steinkohlekraftwerke sollten im Rahmen kapazitativer Mechanismen auf Erdgas und zukünftig H2 umgerüstet und so weiter betrieben werden können. Durch den Ersatz der Kohle als Brennstoff können schnell signifikante CO2 Emissionen eingespart und der Kohleausstieg technisch abgesichert werden. Der entscheidende Vorteil besteht in den geringeren Kosten für die Vorhaltung von Leistung und der höheren Sicherheit, dass die Modernisierung tatsächlich zeitgerecht stattfindet. Wir rechnen damit, dass die Modernisierung eines Steinkohlekraftwerks um den Faktor 5-10 günstiger als der Neubau eines Gaskraftwerk wird. Der Wirkungsgrad entspricht voraussichtlich dem einer Gasturbinenanlage. Mit einer solchen Maßnahme kann den Anforderungen des § 54 KVBG entsprochen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/8285 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für mehr Flexibilität im Stromsystem und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
StromVKG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2412120045** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.09.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2412120048** (PDF - 15 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.10.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

13. **Verbesserung des Rechtsrahmens für die Defossilisierung und den Neu- und Ausbau von Fernwärmenetzen**

Beschreibung:
Die angestrebte Transformation des Fernwärmesektors erfordert einen massiven Neu- und Ausbau inkl. Nachverdichtung von Fernwärmenetzen gerade in Ballungsgebieten, eine kluge Verknüpfung von Strom- und Wärmesektor, sowie einen einfachen Einbezug von Rechenzentren-Abwärme dort, wo dies darstellbar ist. Die Erleichterung der Nutzbarkeit von Flächen für die Wärmeerzeugung und -verteilung ist für all dies ein Schlüsselfaktor. Weiter setzen wir uns dafür ein, dass Zielvorgaben, Förderkulissen und die Regulatorik interkommunal ausgestaltet werden und biomassebasierte Wärme eine stabile Perspektive erhält. AVBFernwärmeV und WärmeLV sollen zeitgemäß und ausbauorientiert ausgestaltet, Förderinstrumente massiv ausgebaut und Kommunen bei der Ausweisung von Fernwärmegebieten gestärkt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6587 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wärmeplanungsgesetzes
1. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]; WPG [alle RV hierzu]; AVBFernwärmeV [alle RV hierzu]; WärmeLV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603100003** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2026 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. **Resilienz an Kraftwerksstandorten**

Beschreibung:

Die Diskussion zur Gewährleistung der Sicherheit durch KRITIS-Betreiber, u.a. auch zur Drohnenabwehr, betrifft die Steag Iqony Group an großen Kraftwerksstandorten. Entscheidend ist, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Wesentlich ist, die staatliche Schutzpflicht muss bestehen bleiben. Es braucht bei einer faktischen Übergabe hoheitlicher Aufgaben, die wir durch die aktuelle Verunklarung bei der Verantwortung kritisch sehen, eine Kostenübernahme und Vergütung, Haftungsübernahme des Staates und keine neue Bürokratie. Hindernisse für die Überwachung an Standorten per Video o.ä. müssen begrenzt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 601/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entschließung des Bundesrates zum Schutz kritischer Infrastruktur

Betroffenes geltendes Recht:
KRITISDachG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu] ; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin / Jülich
   Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
   Projektbezogene Forschungsförderung; Fördermaßnahme: Anwendungsorientierte nichtnukleare FuE im 7. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung

2. **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
   Zuwendungen im Rahmen eines geförderten Forschungsvorhabens

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

STEAG-GmbH_Konzernabschluss-2025.pdf

Eigener Verhaltenskodex

STEAG-Verhaltenskodex-01.pdf